

# Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

ein spannendes Jahr 2018 liegt hinter uns FREIEN WÄHLERN – besonders die letzten Monate hatten es in sich! Der fulminante Wahlabend am 14. Oktober war der Auftakt zu Sondierungsgesprächen, Koalitionsverhandlungen und mündete schließlich in der ersten schwarz-orangen Koalition in Bayern. Wir FREIE WÄHLER können sehr zufrieden sein: Der Koalitionsvertrag trägt ganz klar unsere Handschrift. Das wurde auch in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Söder diese Woche im Bayerischen Landtag sehr deutlich.



## Rückblick

Unsere Antwort auf die **Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder**: Der Freistaat ist auf einem guten Weg, aber wir können und wollen noch besser werden. Als Koalitionspartner haben wir FREIE WÄHLER einen klaren Gestaltungsauftrag für ein weiterhin prosperierendes Bayern, das sich auf seine gewachsenen Stärken besinnt. Die Regierungserklärung enthält viele Kernforderungen der FREIEN WÄHLER, die mittlerweile Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hätten. Ziel der Regierungsarbeit ist, die Lebenssituation möglichst vieler Menschen in Bayern ganz konkret zu verbessern: Wir FREIE WÄHLER möchten Familien stärken, den sozialen Wohnungsbau in den Städten ankurbeln und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf dem Land unterstützen. Stadt und Land dürfen mit ihren Angeboten und Möglichkeiten nicht länger auseinanderdriften. Wir FREIE WÄHLER möchten einen Ausgleich schaffen, damit die Menschen in allen Teilen Bayerns gut leben können. Ein

menschliches, nachhaltiges und modernes Bayern ist unsere Aufgabe und Pflicht. Deshalb wird in der künftigen Regierungsarbeit die Digitalisierung einen deutlich höheren Stellenwert einnehmen. Denn beim Thema Digitalisierung geht es um nicht weniger als um die Zukunftsfähigkeit des Freistaats. Ob medizinische Versorgung, Bildung, Wirtschaft oder Sicherheit: Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche und muss schneller vorangetrieben werden. Mit der Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Digitalisierung sind jetzt die Voraussetzungen geschaffen worden, um den Anschluss an andere europäische Länder nicht zu verlieren. Mit Blick auf die künftige parlamentarische Arbeit werben wir FREIE WÄHLER für eine Politik der Vernunft, die sich nicht mit Grundsatzdiskussionen aufhält, sondern die alltäglichen Probleme der Menschen im Freistaat in den Blick nimmt. **Wie wir FREIEN WÄHLER das aus der Kommunalpolitik gewohnt sind, wollen wir uns auch in der Staatsregierung nicht von parteipolitischen Egoismen leiten lassen.** Wir möchten uns deshalb dafür einsetzen, dass politische Initiativen der Opposition stets sachorientiert und fair bewertet werden.

„Ziel erreicht“, mit diesen Worten kommentieren wir FREIE WÄHLER den Entwurf zum **Bayerischen Beauftragengesetz**, der in dieser Woche im Bayerischen Landtag zur ersten Lesung vorgelegt wurde. Damit werden die Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung nun dank uns auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Das war das Ziel unserer Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof – diese hat sich somit erledigt. Aber nicht nur das konnten wir FREIE WÄHLER als Erfolg verbuchen: Wir haben zudem erreicht, dass die Zahl der Beauftragten künftig auf sieben begrenzt und deren Aufwandsentschädigung auf 2.000 Euro reduziert wird. Die Beauftragten bekommen in Zukunft auch keinen eigenen Dienstwagen mehr, sondern dürfen lediglich die Fahrbereitschaft des Ministeriums nutzen, bei dem sie angesiedelt sind. Sie genießen damit nicht mehr den Status eines „Staatssekretärs light“. Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf vor, dass beim jeweiligen Ministerium künftig für die Beauftragten eine finanziell und personell auf das Notwendige beschränkte Geschäftsstelle eingerichtet werden soll. Zudem muss jeder Beauftragte alle zwei Jahre – spätestens aber sechs Monate vor dem Ende einer Wahlperiode des Landtags – einen Tätigkeitsbericht erstellen und dem Ministerrat vorlegen, um die Zahlung aus Steuergeldern zu rechtfertigen. Wir können mit dem Gesetzentwurf – auch im Vergleich mit anderen Bundesländern – äußerst zufrieden sein. So leistet sich das Land Nordrhein-Westfalen neun Beauftragte und die Bundesregierung sogar 38.

Der **Energiegipfel**, der am Donnerstag im Bayerischen Wirtschaftsministerium stattfand, beginnt eine neue Form des Dialogs, den wir für den Kraftakt einer funktionierenden Energiewende brauchen. Wir FREIE WÄHLER sind uns sicher: Eine nachhaltige Versorgungssicherheit im Freistaat können dabei langfristig nur erneuerbare Energien und dezentrale Strukturen garantieren. Von der Wertschöpfung durch dezentrale Energieerzeugung profitieren Kommunen und Bürger gleichermaßen: Energieimporte werden durch lokale Produkte ersetzt, technische Innovationen befördert und Dienstleistungen lokal erbracht. So werden Arbeitsplätze geschaffen und langfristig gesichert, die Wertschöpfung in die Region verlagert und die Akzeptanz der erneuerbaren Energien gefördert. Bayern hat das Potential, eine führende Rolle bei der nachhaltigen Energieversorgung, dem zellularen Netzausbau und moderner Speichertechnik zu übernehmen und so langfristig den Industrie- und Forschungsstandort Bayern zu sichern.

Der diesjährige **Internationale Tag der Menschenrechte** am Montag dieser Woche markiert gleichzeitig den 70. Jahrestag der Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Die Freude über dieses Jubiläum darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch siebzig Jahre später in weiten Teilen der Welt Menschenrechtsverletzungen von unvorstellbarem Ausmaß stattfinden: Kriegsverbrechen in Syrien, bewaffnete Angriffe in der Ukraine, Inhaftierung von Journalisten und Massentlassungen in der Türkei oder die Existenz von Arbeitsklaven in Asien, Afrika und Russland sind nur einige bedrückende Belege. Den Tag der Menschenrechte können wir deshalb nicht begehen, ohne zu stetigem Engagement für die Lösung dieses globalen Problems zu mahnen. Auch wir FREIEN WÄHLER sehen es als unsere Verpflichtung an, immer wieder daran zu erinnern, dass Menschenrechte universell und unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Religion sind.

# Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr



Ihr Joachim Hanisch, MdL

---

## **Impressum**

**Bürgerbüro Hanisch:  
Hintere Marktstraße 13,  
92436 Bruck i. d. OPf.  
Tel. 09434/901513  
FAX 09434/901514**